SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit, Soziales & Kultur

Mai 2005

Seite 5

Wahltest

Welcher Parteityp sind Sie?

ab Seite 6

Interview

5 Fragen an die Parteien

Alles Wahl oder was ?

...anderes wählen !

Ergreif die Initiative, du hast die Wahl. Zerstöre die Maschine, mach ein Ende dieses Mal. (nach Schiller)

Wir machen fertig!

Konzept • Layout • Druck

Illustrationen
Zeitschriften
Bücher
Prospekte
Poster
Postkarten
Web-Design
und vieles mehr...

ABmedien grafik-büro

Achtermannstr.7
48143 Münster
Fon: 0251 / 51 11 21
e-mail: sperre@muenster.de

Möbel-Trödel
Bohlweg 68a
48147 Münster
Tel.: 0251-6208810

Möbelrampe
Dieckstraße 73-75
48145 Münster
Tel.: 0251-2301155

Projekte des CHANCE...

www.chance-muenster.de
info@chance-muenster.de

W.A.S.
unser Radiotip

auf RADIO ANTENNE MÜNSTER
jeden 4.Samstag im Monat
von 19:04 bis 20:00

MALTA

MÜNSTERS ARBEITSLOSENTREFF ACHTERMANNSTRASSE

Achterrmannstrasse 10 • 48 153 Münster
Fon: 02 51 - 41 40 553
www..muenster.org/wehren
e-mail: malta@muenster.org

Montag	10:00 - 12:00	Einführung in das Internet Stellensuche und Bewerbungen
Dienstag	10:00 - 11:30	Gesundheitstreff
	12:00 - 16:00	Stellensuche im Internet und Bewerbungen schreiben
Mittwoch	10:00 - 14:00	Stellensuche im Internet und Bewerbungen schreiben
	14:00 - 17:00	Arbeitsloseninitiative “Wehrt Euch”
Donnerstag	10:00 - 12:00	Frauentreff für Arbeitslose/Interessierte
	12:00 - 14:00	Offene Arbeitslosenberatung zu den Themen Arbeit, Recht, Reform
	14:00 - 16:00	Sozialabbau (Agenda 2010), Hartz-Gesetze etc.) und seine Hintergründe
Freitag	11:00 - 13:00	Offene Schreibwerkstatt
	13:00 - 16:00	Stellensuche im Internet und Bewerbungen schreiben

STADT MÜNSTER

Presse und Informationsamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publikom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/stadt/presse
Aus erster Hand: News aus der Stadtverwaltung

www.muenster.de/stadt/jugend
Jugendzentren, Jib, Kitas, Jugendhilfe

www.muenster.de/stadt/awm
Infos zu Abfall und Recycling; Entsorgungskalender

www.muenster.de/stadt/wohnungsamt
Der Mietspiegel, mit Online-Berechnung

www.muenster.de/stadt/umwelt
Umwelttipps und -beratung, Luftwerte

www.muenster.de/stadt/formulare
Vordrucke online - das spart Zeit und Wege

Liebe Leserin, lieber Leser!

Frühlingszeit – Spargelzeit! Und so sicher wie der Spargel kommt die Forderung, Arbeitslose in die Ernte zu schicken. Zum Hungerlohn (na klar!) und möglichst zackig. Diesmal wurde die Diskussion losgetreten vom stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Alt. Mittlerweile aber kommen selbst am Stammtisch solche Forderungen nicht mehr richtig an. Die Arbeitsbedingungen und vor allem die Löhne haben sich herumgesprochen. Mit vier Euro Stundenlohn kommt man nur bei einem 10-Stunden Tag und einer 7-Tage Woche weg vom Arbeitsamt. Für Polen lohnt sich diese Arbeit. Mit einem Monat Spargelstechen verdienen sie genauso viel, wie sonst in vier Monaten in Polen. Eine polnische Lehrerin meldete sich in der letzten Woche, die nicht mehr in Polen unterrichten will. Lieber will sie in Deutschland Spargel stechen. Und zum Thema "Die deutschen Arbeitslosen sind nur zu faul": In Polen stechen Ukrainer den Spargel, denn der Lohn ist für Polen nicht zumutbar!

Und deutsche Arbeitslose sind nicht deswegen schon faul, weil sie nicht gleich mit fliegenden Fahnen in den Ernteeinsatz ziehen. Besonders ärgerlich ist, dass solch "geniale" Vorschläge von Leuten kommen, die in bestens gesicherten Positionen sitzen und häufig nur noch ihren Pensionen entgegenfiebern.

Überhaupt ist Deutschland auf dem besten Weg zu einem Billiglohnland. Grenznahe Deutsche arbeiten vermehrt in Holland, Frankreich, Belgien oder Dänemark. Weil da die Löhne noch stimmen. Deutschland gilt in diesen Ländern als abschreckendes Beispiel. Von Hungerlöhnen ist die Rede. Und wir, wir gucken tatenlos zu oder – gehen wählen. Vielleicht kann man ja doch eine andere Politik wählen und nicht nur andere Köpfe. In unserer "Wahlhilfe" haben wir die Aussagen der Parteien mal nebeneinander gestellt. Also, Augen auf bei der Wahl und – "jeder nur ein Kreuz".

Norber Attermeyer

Seite 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Minderung des Arbeitslosengeldes

Seite 5 **WAHLTEST**
Welcher Parteityp sind Sie?

Seite 6 **INTERVIEW MIT DEN PARTEIEN**

Seite 12 **AUF KULT-TOUR**
Rezension: T.C.Boyle – „Dr. Sex“
Theater: WBT – „Wer weint schon um...?“

Seite 14 **ALLES WAS RECHT IST**
Urteile
Anwaltstipp

Seite 16 **ESSAY**
„Wo bleibt Euer Aufschrei?“ von Heiner Geissler

Seite 18 **THE SURVIVAL OF THE FITTEST**
Abwärts

Seite 19 **Arme-Leute-Essen**
Spargel für Arbeitslose

Seite 20 **FRAUEN**

Seite 21 **UNTERNEHMENSSTEUER**
Job-Gipfel kommt ohne Realität aus

Seite 22 **AUFGEMISCHT**
Leserbriefe, Rezensionen

IMPRESSUM

Herausgeber:
abm.e.V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
E-Mail: sperre@muenster.de
abm-muenster@t-online.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Norbert Attermeyer (noa)
Claudia Csiszér (cc)
Rouven Offermann (ro)
Stefan Rißmann (sr)
Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer

Layout, Satz:
Stefan Rißmann, Rouven Offermann

Titelbild:
Stefan Rißmann

Anzeigen/Spenden:
Maria Hamers, Ulrich Wieners
Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Druck:
Erdnuß-Druck
Sendenhorst

Auflage: 6.000

Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement
Verteilung: Kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber).

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Juni 2005)
Redaktionsschluß: 17. Mai 2005
Anzeigenschluß: 23. Mai 20045

Mit finanzieller Unterstützung
des Europäischen Sozialfonds und des Landes Nordrhein-Westfalen
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
Europäischer Sozialfonds
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW.

Wer gekündigt ist, soll sich unverzüglich melden, um schon vor der Arbeitslosigkeit vermittelt werden zu können, so heißt es in § 37b SGB III.

Die Minderung, weil nicht unverzüglich gemeldet

So würde Arbeitslosigkeit schon massenhaft vermieden werden, bevor sie eintritt, meinte der alte Hartz. Wer sich nicht meldet, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt (§ 140 SGB III) und das nicht zu knapp.

Diese knapp zwei Jahre alte Regel kennen nur wenige Arbeitnehmer. Sie bringt auch nichts. Das Arbeitsamt wendet sie dennoch an und kürzt, denn der zweite Erfolg ist: Weniger Geld für die Arbeitslosen, heißt mehr Geld fürs Amt. Die Sozialgerichte haben jedoch in vielen Streitfällen die Argumente der Arbeitsämter nicht übernommen und die Kürzungen aus vielen Gründen zurückgewiesen. (z.B. SG Dortmund, S 33 AL 85/04 vom 14.6.04, info also 5/2004; SG Dortmund, S 33 AL 169/04 vom 14.7.04, info also 6/2004; LSG Stuttgart vom 18. August 2004, L 3 AL 1199/02, Mitteilung des Gerichts; sowie weitere dort angegebene Nachweise).

In einem Widerspruch oder in einer Klage kann man gegen die Minderung anführen:

1 Eine Strafe ist nur verhältnismäßig, wenn die Pflichtverletzung die Ursache für weitere Arbeitslosigkeit ist. Bei der schon lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und dem fehlenden Angebot an Stellen kann nur ein geringer Schuldvorwurf erhoben werden. Als persönliche Gründe mag man dann noch ein recht hohes Alter, fehlende Ausbildung oder die bestehende Schwangerschaft anführen.

2 Das Arbeitslosengeld wird aus Versicherungsbeiträgen bezahlt. Es ist insofern angespartes Eigentum und unterliegt dem Schutz der Verfassung. Ein Eigentumsentzug wegen einer so geringen individuellen Schuld ist nicht vertretbar.

3 Die Höhe und die Abstufung der Sanktionen lassen ein Konzept für die Ungleichbehandlung nicht erkennen. Das ist verfassungsmäßig bedenklich. Eine Kürzung des Arbeitslosengeldes ist deshalb nur in Ausnahmefällen erlaubt.

4 Die Arbeitssuchmeldung hat nur geringe Bedeutung für die eintretende Arbeitslosigkeit, wichtiger ist die persönlich aktive Suche. Wenn aber fehlende Eigenbemühungen zwischen Kündigung und Beginn der Arbeitslosigkeit nicht bestraft werden, warum dann der fast nur bürokratische Akt der Arbeitssuchmeldung? Hier kann der Arbeitslose anführen, dass die Arbeitssuchmeldung zu keinem Arbeitsangebot oder zu keinem Angebot seitens des Amtes geführt hat.

5 Die Meldepflicht ist weitgehend unbekannt. Laut Gesetz sollen die Arbeitgeber ihre arbeitslos werdenden Arbeitnehmer über die Meldepflicht informieren. Die Arbeitgeber wurden wegen dieser neuen Meldepflicht angeschrieben, die Arbeitnehmer jedoch nicht. Arbeitslose können sich mit einem gewissen Recht auf die fehlende Kenntnis berufen - insbesondere, wenn sie vom Arbeitgeber nicht informiert wurden.

6 Für unbefristete Arbeitnehmer mit langen Vorbeschäftigungszeiten gelten Kündigungsfristen von viele Monaten und damit lange Meldefristen. Befristet Beschäftigte müssen sich dagegen frühestens drei Monate vor Beschäftigungsende arbeitssuchend melden. Wer sich nach langer Kündigungsfrist nicht sofort, sondern erst etwa drei Monate vor der Arbeitslosigkeit meldet, für den ist eine Strafe nicht nachvollziehbar. Er hat sich nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verspätet.

7 Wer nicht aus Arbeit, sondern aus einem anderen Sozialversicherungsverhältnis (z.B. Krankengeld, Erziehungsgeld) in das Arbeitslosengeld rutscht, kann sich auf Unkenntnis berufen, wenn diese andere Stelle nicht auf die Meldepflicht hingewiesen hat. (SG Mannheim, S 11 AL 3775/03 vom 14.5.04, info also 5/2004).

8 Wer nach einem befristeten Vertrag arbeitslos wird, soll sich laut Gesetz „frühestens“ drei Monate vor Ende des Jobs melden, wann „spätestens“ ist nicht gesagt. Die Bedingung der Sanktion fehlt also.

Ohne jeden Grundfreibetrag gehen von jedem Euro Zuverdienst 85 Cent in die Sozialkassen und 15 Cent an den Arbeitssuchenden, nach dem Motto: Wer wirklich Arbeit sucht, der sucht Arbeit auch ohne Lohn!

avo

Der große Wahltest

Zur anstehenden Landtagswahl möchten wir Ihnen einige Fragen stellen, damit Sie endlich wissen, wo Ihre politische Heimat ist. Zählen Sie einfach die Punkte hinter den Antworten zusammen und schauen Sie auf Seite 17 für die Auflösung.

1) Wie bereiten Sie sich auf den Wahlgang vor?

Sie fasten, um in die Wahlkabine zu passen ..... **5** Punkte
Sie kaufen eine Überwachungskamera ..... **15** Punkte
Sie versuchen ein normales Kreuz zu zeichnen ..... **1** Punkt
Sie frisieren sich eine Westerwelle ..... **10** Punkte

2) Was machen Sie in der Wahlkabine?

Sie wählen ..... **25** Punkte
Sie fragen Ihren Arzt oder Apotheker ..... **5** Punkte
Sie lassen sich den Wahlzettel erklären ..... **1** Punkt
Sie installieren die Überwachungskamera ..... **15** Punkte
Sie gehen wieder raus, da Sie Ihren Laptop vergessen haben ..... **10** Punkte

3) Was tun Sie nach der Wahl?

Sie warten auf das Wahlergebnis ..... **25** Punkte
Sie feiern den Sieg ..... **15** Punkte
Sie feiern den Sieg ..... **5** Punkte
Sie feiern den Sieg ..... **10** Punkte
Sie feiern den Sieg ..... **20** Punkte

4) Sie haben Hunger. Was tun Sie?

Sie kaufen Billigbier ..... **35** Punkte
Sie pflanzen ein Apfelbäumchen ..... **20** Punkte
Sie essen einen 3-Euro Mini-Brezel im Intercity ..... **10** Punkte
Sie überfressen sich ..... **5** Punkte
Sie halten den Streik durch ..... **25** Punkte

5) An Ihre Tür klopft ein Ausländer

Sie weisen ihn aus ..... **5** Punkte
Sie machen ein Fest ..... **20** Punkte
Sie verstehen ihn nicht, da er gutes Deutsch spricht ..... **1** Punkt
Sie prüfen Ihre Tür auf Fingerabdrücke ..... **15** Punkte

6) Sie haben keine Arbeit

Sie freuen sich und geniessen das Leben ..... **35** Punkte
Sie jammern ..... **25** Punkte
Sie arbeiten für einen Hungerlohn ..... **15** Punkte
Sie hängen sich an Ihrem Schlips auf ..... **10** Punkte
Sie wechseln die Partei ..... **5** Punkte

7) Sie haben Arbeit

Sie freuen sich und geniessen das Leben ..... **5** Punkte
Sie jammern ..... **35** Punkte
Sie arbeiten für einen Hungerlohn ..... **15** Punkte
Sie leisten sich einen Schlips ..... **10** Punkte
Sie wechseln die Partei ..... **30** Punkte

8) Wie bewegen Sie sich fort ?

Fahrrad mit Birkenstockreifen und solarbetriebener Klingel ..... **20** Punkte
15-Liter Automatik-Limousine mit Einwegaschenbecher, Zielradar und Raketenwerfer ..... **5** Punkte
Seifenkiste aus Plaste DELUXE ..... **30** Punkte
Auf dem Zahnfleisch ..... **10** Punkte
Zu Fuss mit einem Protestplakat ..... **25** Punkte
Schwarz ..... **35** Punkte

9) Wie verhalten Sie sich in Streitfragen?

Sie ziehen den Kürzeren ..... **30** Punkte
Sie schauen was es zu essen gibt ..... **5** Punkte
Sie fragen Ihren Kanzler ..... **15** Punkte
Stammeln, Gammeln, Rammeln ..... **35** Punkte
Sie sind intellektuell schwerstens überfordert und suchen einen Führer ..... **1** Punkt
Sie diskutieren, auch wenn sich der Fall erledigt hat ..... **20** Punkte
Der Fall hat sich nie erledigt ..... **10** Punkte

10) Sie haben Ihren Hausschlüssel verloren

Ihre Überwachungskamera erschiesst Sie ..... **15** Punkte
Sie brauchen keinen ..... **35** Punkte
Hotels haben keine Hausschlüssel ..... **5** Punkte
Sie verstehen das nicht ..... **1** Punkt
Existenzielle Sinnkrise ..... **20** Punkte
Sie demonstrieren dagegen ..... **25** Punkte
Sie lassen sich vom Schlüsseldienst nach Strich und Faden ausnehmen ..... **10** Punkte

ro/sr

5 Fragen
an die Parteien

WASG

CDU

SPD

Die Grünen

FDP

PDS

1 NRW hat 1 Million Arbeitslose. Es ist nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre nicht zu erwarten, dass sich das in der nächsten Legislaturperiode wesentlich ändern wird. Welche spürbaren Verbesserungen werden für Arbeitslose eintreten, wenn Sie Ihre Vorschläge umsetzen können?

2 Nicht nur lahme, kranke und unqualifizierte sondern auch qualifizierte, motivierte, flexible und mobile Erwerbslose finden keine Arbeit. Wie kann man Arbeitslosen helfen Perspektivlosigkeit auszuhalten und nicht an die Kinder weiterzugeben? Können Mini-Jobs, wenn auch gepaart mit Überschuldung und Verbraucherinsolvenz, eine Lösung sein?

3 Das Land NRW hat in der Vergangenheit eine Reihe von Beschäftigungsmaßnahmen und soziale Projekte entwickelt (Soziale Wirtschaftsbetriebe, Arbeit statt Sozialhilfe, Modellprojekt Pauschalierung, Modellprojekt Sozialbüros, Modellprojekt Sozialagenturen etc.). Sehen Sie Mittel und Wege für weitere Aktivitäten im Bereich Arbeits- und Armutspolitik?

4 Etwa 1.250 Erwerbslose kamen 2004 ohne Aufforderung eines Amtes in die Arbeitslosenberatung im cuba, um ihre Erwerbssituation zu beraten und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Ähnlichen Andrang stellen andere Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren in NRW fest. Das Landesprogramm zur Finanzierung solcher Stellen läuft bis Ende 2005. Setzen Sie sich für eine Fortsetzung des Programms ein?

5 Kleine Betreibe und Neugründungen haben trotz guter Perspektiven häufig Finanzierungsprobleme (Stichwort: Basel II und die gewachsene Vorliebe der Banken für Spekulationsgeschäfte.). Wie kann das Land die Situation für Kleinbetriebe und Existenzgründer verbessern?

WASG

Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Hannes Spengler
Wahlkreis 84, MS-Nord

Lorenz Mueller-Morenius
Wahlkreis 85, MS-Süd

ANTWORT 1

Die fehlende Inlandsnachfrage ist einer der wesentlichen Fakten, die zu Arbeitslosigkeit führt.

Sie anzukurbeln heißt, öffentliche Investitionen zu starten. Eine Steuerreform, die kleine und mittlere Einkommen deutlich entlastet muss realisiert werden. Die Leute brauchen wieder Geld in der Tasche. Transferleistungen müssen spürbar angehoben werden. Nur so kann die Binnenkonjunktur wieder Fuß fassen. Die Arbeitszeit ist nicht zu erhöhen, sondern eher zu reduzieren, Kündigungsschutz gilt es zu erhalten, und damit Sicherheit zu den Menschen zu tragen. Dazu ist es notwendig, Steuern da zu kassieren, wo sie nicht wehtun, bei den Reichen. Wir werden das Komplott der Steuerflüchtlinge und Wirtschaftskriminellen aufdecken und Kapitalströme demokratisch kontrollieren.

ANTWORT 2

Minijobs sind keine Lösung. Sie sollen nur die Statistik frisieren und helfen niemanden. Hartz IV muss vergraben werden und das Arbeitslosengeld nach Dauer und Umfang so finanziert werden, wie es bis zum 31. 12. 2004 möglich war: aus den eingezahlten Geldern der Versicherten.

Grundsätzlich müssen Tranferleistungen erhöht werden. Wir wollen ein menschenwürdiges Leben für alle anstreben. Nicht nur für Besserverdienende. Mittel und Wege hierzu sind realistisch und machbar. Und wir haben den politischen Willen dazu.

ANTWORT 3

Beschäftigungsprogramme und soziale Projekte sind akut sinnvoll müssen bleiben und weiter ausgebaut werden.

Wenn unsere Vorschläge zu öffentlichem Engagement und Umverteilung der Steuern eingeführt werden, können die nötigen Impulse in den Arbeitsmarkt getragen werden, die diese Programme in der Folge irgendwann überflüssig machen.

ANTWORT 4

Ganz klar: Stellen erhalten und ausbauen!

ANTWORT 5

Es ist unsere Aufgabe das Grundgesetz zu schützen und die Sozialpflichtigkeit des Kapitals umzusetzen. Konkret: erleichterte Kleinkredite für Existenzgründer.

ANTWORT 1

Um es ganz klar zu sagen: Politik schafft keine Arbeitsplätze. Politik schafft nur die Voraussetzungen, damit die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen kann. Insofern werden sicherlich nicht sofort nach einem Regierungswechsel die Signale in der Wirtschaft auf Grün springen. Was wir als Politiker machen können ist, die Grundvoraussetzungen zu verbessern und Anreize zu schaffen, in Nordrhein-Westfalen zu investieren.

Unsere bürokratische Regelungsdichte ist bei weiten zum hoch. Die Handwerkskammer Düsseldorf hat ausgerechnet, dass in einem mittelständischen Unternehmen in NRW pro Jahr alleine durch Bürokratie Kosten in Höhe von 110.000 Euro entstehen. Hier gilt es anzusetzen.

Wir setzen uns als CDU für eine Vereinfachung des Steuersystems ein. Eine Steuerklärung soll zukünftig wieder für jedermann verständlich sein.

Fördermittel dürfen nicht länger mit der Gießkanne verteilt werden. Es sind Wachstumskerne zu fördern, die Arbeitsplätze generieren. Zukunftstechnologien dürfen nicht länger tabu sein. Sie müssen gezielt gefördert werden.

Wir brauchen in NRW flexiblere Arbeitszeiten und wir müssen den Zugang zum Arbeitsmarkt mit Kombilohnprojekten erleichtern.

ANTWORT 2

Es ist nicht das Ziel der CDU, Arbeitssuchenden zu helfen, ihre Arbeitslosigkeit auszuhalten. Vielmehr ist es unser Ziel, Arbeitslosigkeit, wenn möglich zu vermeiden und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Mini-Jobs sind sicherlich keine dauerhafte Lösung für die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Aber sie helfen, Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und können ein Sprungbrett in ein reguläres Arbeitsverhältnis sein. Gerade im haushaltsnahen Bereich gibt es einen erheblichen Bedarf nach Dienstleistungen. Wir rechnen mit einem Potential von ca. 800.000 neuen Jobs.

ANTWORT 3

Die verschiedenen Arbeitsmarktprogramme ändern leidern an dem grundsätzlichen Problem der hohen Arbeitslosigkeit nichts. Zwar ist es sinnvoll, die individuellen Chancen durch Weiterqualifizierungsmaßnahmen zu verbessern, doch muss der Arbeitsmarkt auch ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Daher bin ich dafür, den Arbeitsmarkt zu aktivieren. Dann werden viele Programme überflüssig.

ANTWORT 4

Die CDU tritt dafür ein, dass Arbeitsmarktförderung nicht nur Aufgabe der staatlichen Einrichtungen ist. Vielmehr wollen wir ganz bewusst auch private Träger fördern. Diese nämlich sind nahe an den Betroffenen und können daher wirkungsvoll und effektiv helfen.

ANTWORT 5

Unser kompliziertes Steuerrecht trifft vor allem kleine und mittlere Betriebe, die sich keine Steuerfachabteilung leisten können. Damit muss Schluss sein. Wir wollen eine drastische Vereinfachung des Steuersystems und mehr Raum zur Eigenfinanzierung im Mittelstand durch niedrigere Steuersätze. Personen- und Kapitalgesellschaften müssen steuerlich gleichgestellt werden.
Die CDU will durch günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge junge Leute zur Betriebsnachfolge ermuntern. Deshalb sind wir gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuern. Um mittelständische Betriebe vor staatlicher Konkurrenz zu schützen, wollen wir den Vorrang der privaten vor der öffentlichen Leistungserbringung durchsetzen. Öffentliche Aufträge müssen zukünftig mittelstandsfreundlich in Teil- und Fachlose zerlegt werden.

CDU

Christlich demokratische Union

Marie-Theres Kastner
Wahlkreis 84, MS-Nord

Prof.Dr. Thomas Sternberg
Wahlkreis 85, MS-Süd

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Dr. Anna Boos
Wahlkreis 84, MS-Nord

Svenja Schulze
Wahlkreis 85, MS-Süd

ANTWORT 1

Der Arbeitsmarkt ist tatsächlich extrem angespannt. Was allerdings die nächsten 5 Jahre angeht, da bin ich etwas optimistischer: Alle Prognosen sagen schon für die kommende Zeit einen erheblichen Mangel an qualifizierten Fachkräften voraus, der selbst mit vermehrter Zuwanderung nicht in den Griff zu kriegen sein wird. Wer also eine gute Ausbildung hat oder bereit ist, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, der kann durchaus zuversichtlich in die Zukunft schauen. Sehr schwierig bleibt die Lage für Menschen, die keinerlei Nachweis beruflicher Kompetenz vorweisen können.

Was die öffentlichen Leistungen für Arbeitslose angeht: schlechter gestellt sind nach Hartz IV in vielen Fällen die früheren Beziehenden von Arbeitslosenhilfe. Die Leistungen für frühere Sozialhilfebeziehende sind insgesamt nicht schlechter, sondern an vielen Stellen besser geworden. Durchweg besser organisiert werden die Angebote zur Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosen sein, jedenfalls, sobald die Anlaufprobleme bei der Einführung des SGB II überwunden sind.

ANTWORT 2

Es muss eine legale Zone zwischen öffentlicher Unterstützung und völliger Eigenständigkeit geben. Als Oberziel ist im SGB II formuliert, die Menschen von öffentlicher Unterstützung unabhängig zu machen. Das muss man ernst nehmen! Ich denke hier an die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II Beziehende, z.B. durch einen Minijob. Es muss ein Anreiz bestehen, mit eigener Arbeit seine finanzielle Situation zu verbessern. Das wird in Berlin im Moment gerade neu geregelt und das ist auch gut so.

Was die Kinder angeht: es muss total Schluss gemacht werden mit familiären Sozialhilfekarrieren. Kinder aus sozial schwachen Familien gehören besonders gefördert, sprachlich, allgemein im schulischen Bereich, aber auch im Übergang von der Schule zum Beruf. Das ist leichter gesagt als getan, ich weiß, aber ich verspreche mir schon viel von einer besseren Nachmittagsbetreuung und von Ganztagsschulen. BaFöG für Schüler, Auszubildende und Studierende und gebührenfreies Studium gehören auch in diese Aufzählung.

ANTWORT 3

Job Plus ist ein neues Programm des Landes, das helfen soll, 1 Euro Jobbern zusätzliche Kompetenzen zu vermitteln, etwa einen Führerschein oder ein EDV-Zertifikat, wenn dadurch die Aussichten auf eine reguläre Stelle verbessert werden können. Immerhin 620.000 Euro stehen allein für Münster zur Verfügung. 5.000 Betreuungsplätze für die Kinder Arbeitsuchender werden vom Land jetzt ebenfalls zusätzlich finanziert.
Das Land tut hier, was es kann, wenn auch leider im Rahmen knapper Haushaltsmittel.

ANTWORT 4

Ja, absolut, da sind gute Leute am Werk, die eine wichtige Arbeit machen. Bis zum Auslaufen der EU-Fonds, also bis Ende 2007 muss eine Finanzierung machbar sein, was danach kommt, kann bisher niemand absehen.

ANTWORT 5

Die Finanzierung von Investitionen und hier insbesondere das oft zu geringe Eigenkapital stellen ein großes Problem dar für viele kleine und mittelgroße Unternehmen. Das Land hat gerade im letzten Jahr zusätzliche Programme aufgelegt, die hier Abhilfe schaffen sollen. Ich wünsche mir darüber hinaus ein Mikrokreditprogramm, das den Bedarf etwa zwischen 3.000 und 25.000 Euro abdeckt. So etwas ist für die Banken ein unattraktives Geschäft und muss daher öffentlich (durch Beratung der Betriebe und Haftungsfreistellung) flankiert werden. Auch dafür werde ich mich einsetzen.

Die Grünen

Rüdiger Sagel
Wahlkreis 85, MS-Süd

Maria Klein-Schmeink
Wahlkreis 84, MS-Nord

ANTWORT 1

Im Rahmen der Reformen am Arbeitsmarkt ist von ArbeitnehmerInnen und denjenigen, die öffentliche Hilfe brauchen, viel abverlangt worden. Gleichzeitig sind den Unternehmen zahlreiche Steuererleichterungen und Vereinfachungen eingeräumt worden, deshalb ist nun die Wirtschaft in der Pflicht für neue Arbeitsplätze zu sorgen.

Wir GRÜNEN wollen zusätzlich die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass durch ökologische Innovation in NRW, die Förderung von Mittelstand und Existenzgründung sowie durch die Nutzung der Dienstleistungspotentiale im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen und der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft neue Arbeitsplätze entstehen.

Für diejenigen, die ohne Arbeit sind, muss eine armutsfeste und bedarfsgerechte Grundsicherung greifen. Daher setzen wir GRÜNEN in Münster und im Land uns für deutliche Verbesserungen der Regelsätze, der Regelungen zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen und der Zumutbarkeitsregelungen ein. Es reicht aus unserer Sicht nicht, die Hinzuverdienstregelungen zu verbessern, sondern etliche Regelungen müssen korrigiert wrden, damit z.B. Kinder und Frauen nicht in besonderer Weise negativ betroffen sind.

ANTWORT 2

Mini-Jobs können in besonderen Situationen, in denen z.B. die Kinderbetreuung noch nicht umfangreichere Berufstätigkeit zulässt, eine Brücke in den Arbeitsmarkt eröffnen oder auch individuellen Wünschen entgegenkommen. Im Rahmen der geltenden Zumutbarkeitsregelungen wirken die Mini-Jobs für bestimmte Branchen (z.B. Einzelhandel, Gastronomie) jedoch als Killer von regulären Arbeitsverhältnissen. Deshalb streben wir die Veränderungen der entsprechenden Regelungen an. Auch Zusatzjobs machen nur auf freiwilliger Basis und innerhalb einer Qualifizierungskette als Hinführung zum ersten Arbeitsmarkt Sinn. Untersuchungen haben gezeigt, dass der Niedriglohnsektor nicht durchlässig ist, sondern Betroffene eher darin festhält.

Die Verbesserung der Vermittlung soll vom Konzept her dazu führen, dass z.B. gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen so schnell wie möglich einen neuen Arbeitsplatz finden. Bessere Vermittlungsbemühungen können aber nur greifen wenn auch Arbeitsplätze da sind.

Trotzdem machen Qualifizierung und Anpassungsmaßnahmen Sinn, denn, wer lange raus ist aus dem Arbeitsmarkt, hat sonst wenig Chancen.

ANTWORT 3

Soziale Wirtschaftsbetriebe und die Förderung der Dienstleistungspools gehen auf GRÜNE Initiative zurück, die Modellprojekte haben wir als Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialhilfe hin zu einer bedarfsgerechten Grundsicherung und zur Entwicklung von Wegen aus der Sozialhilfe mit auf den Weg gebracht. Hartz IV hat einige dieser Modelle vorzeitig beendet. Wir nehmen die Erfahrungen ernst und streben auf diesemHintergrund auch Korrekturen in der Ausgestaltung von Hartz IV an. Zum Beispiel zeigt das Modellprojekt Pauschalierung, dass es mit der jetzigen Regelsatzhöhe nicht möglich ist Rücklagen für Anschaffungen zu bilden.

In der Arbeitsmarktpolitik streben wir konkret die Weiterentwicklung der Sozialen Wirtschaftsbetriebe und der Dienstleistungspools an, weil sie gerade niedrig qualifizierten eine Möglichkeit für eine existenzsichernde Beschäftigung schaffen können. Aus unseer Sicht brauchen wir in NRW einen Sektor dauerhaft geförderter Beschäftigung für alle diejenigen, die auch mittelfristig am Arbeitsmarkt keine Chance haben.

In der Armutspolitik setzen wir neben der materiellen armutsfesten Grundsicherung auf eine Politik der Armutsprävention, die auf eine möglichst früh einsetzende individuelle Förderung gerade der von Armut Betroffenen setzt. Eine entscheidende Bedeutung haben die Verbesserung der Bildungschancen und der Gesundheitssituation. Dabei wollen wir eine integrative Politik, die die Erfahrungen aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgreift und die Mitwirkung der Betroffenen bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt ernstnimmt. Konkret heisst das auch in Stadtteilen mit einer hohen Zahl von sozialen Problemlagen gezielt mehr Personalmittel bei Betreuung, Bildung und anderen unterstützenden Angeboten zu ermöglichen.

ANTWORT 4

Wir GRÜNEN setzen uns nachdrücklich für die unabhängige Arbeitslosenberatung und die Förderung der Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren ein. Wir haben dies auch ausdrücklich in unserem Wahlprogramm so festgehalten und in einigen Beschlüssen der Landtagsfraktion bekräftigt. Durch Hartz IV ist der Beratungsbedarf letztlich noch einmal um ein vielfaches gestiegen.

ANTWORT 5

Mit der Landesinitiative GO ist schon einiges zur Existenzgründung sehr erfolgreich auf den Weg gebracht worden.

Über die NRW.Bank bietet das Land weitere Finanzierungshilfen die auf eine Verbesserung der Eigenkapitalsituation zielen.

GRÜNE setzen sich für die Entwicklung eines Konzeptes für Kleinkredite ein, denn viele ExistenzgründerInnen haben nur einen geringen Kreditbedarf. Im Mittelpunkt soll ein Fonds stehen, der über regionale Gründungszentren verteilt wird und zinsgünstige Kredite gewährt.

Wir setzen uns darüber hinaus für die Neuauflage eines Programms zur Förderung von Existenzgründungen mit besonderen Zugangsbedingungen für Frauen ein.

FDP

Freiheitlich demokratische Partei

ANTWORT 1

Es ist nicht per se Schuld der Arbeitslosen, wenn sie keinen Job finden. In den letzten 30 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen in der Welt massiv geändert - doch haben deutsche Regierungen auf Aussitzen gesetzt statt mit echten Reformen auf den Wandel zu reagieren der sogar zu gestalten.

Die Folge sind überzogene zementierte Erwartungen was Arbeitszeit und Arbeitslohn angeht und ein zunehmender Wohlstands-Egoismus aller Beteiligten. Politik (auch seitens der Gewerkschaften) wird nur für die Arbeitenden gemacht, niemals für die Arbeitslosen.

Arbeitsplätze entstehen, wenn Unternehmen erfolgreich marktfähige Produkte anbieten, in Deutschland entsprechend, wenn wir unser Angebot an hochqualifizierten Arbeitnehmern nutzen.

In der nächsten Legislaturperiode werden sich unter einer FDP-CDU-Regierung tatsächlich gravierende Änderungen ergeben. Zum einen werden wir spürbar die rund 700.000 mittelständischen Unternehmen, in denen sich 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze befinden, entlasten (und die von den Grünen planlos initiierte Gängel-Bürokratie zurückfahren), zum anderen werden wir sowohl in die Forschung investieren als auch den Transfer von Forschungsergebnissen in Produkte forcieren.

Dies in Verbindung mit einer Planungssicherheit für Unternehmen unter Gelb-Schwarz wird definitiv zu Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt führen.

ANTWORT 2

Die Perspektivlosigkeit trifft im Moment nicht nur Arbeitslose, sondern auch die, die Angst um Ihren Job haben zu müssen. Angst lähmt. Diejenigen, die in der Lage sind zu arbeiten, sollen auch arbeiten und durch diese Arbeit besser gestellt sein als wenn sie nicht arbeiteten. Die Anreizsysteme müssen ganz klar so gestaltet sein, dass es sich lohnt, zu arbeiten.

Wenn Mini-Jobs, gerade für junge Arbeitnehmer, eine Chance sind, sich zu beweisen und Erfahrungen zu sammeln, halte ich dies für wesentlich besser als frustriert zu Hause zu sitzen. Den Unternehmen bieten sie eine relativ unkomplizierte Möglichkeit, kurzfristige Arbeitsspitzen abzudecken.

Wären Mini-Jobs die einzige Maßnahme in einer Gelb-Schwarzen Regierung, würde dies sicherlich nicht helfen. Im Zusammenhang mit anderen Änderungen, helfen Mini-Jobs aber bei der Flexibilierung des Arbeitsmarktes und damit beim Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Kündigungsschutzgesetz. Gedacht, damit Arbeitnehmer nicht willkürlich aus einem Arbeitsverhältnis „herausgeworfen“ werden können, führt es jetzt in der Praxis dazu, dass Unternehmen versuchen die damit einhergehenden hohen Kosten (z.B. für Gerichtsverfahren und Abfindungen) aus Notwendigkeit zu umgehen bzw. gar nicht mehr unbefristet einzustellen. De facto wirkt das Kündigungsschutzgesetz also als Einstellungshemmnis und hat damit negative Folgen! Wir möchten den Kündigungsschutz auf den im BGB zu Recht verankerten Kündigungsschutz (§622) vereinfachen und erwarten dadurch einen positiven Beschäftigungsimpuls.

Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen sind ein etwas anderes Thema. Hier gilt es nicht nur Wege aus der jeweiligen persönlichen Krise zu finden sondern ingesamt in unserer Gesellschaft einmal eine Kritik am Konsumverhalten (und an Privatkreditvergabepraktiken) zuzulassen. Wir wollen, dass in einer fairen Gesellschaft die wirklich Bedürftigen eine ihrer Situation angemessene Versorgung erwarten dürfen – aber nicht abgeschrieben werden. Im Gegenzug erwarten wir, dass alle sich bestmöglich bemühen, eigenständig zu leben und wollen bei der „Reintegration“ unterstützen.

ANTWORT 3

Arbeitsplätze entstehen nicht, indem man Arbeitslose in Maßnahmen steckt. Wir müssen die Schere zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen wieder etwas zusammenführen, damit wir eine verlässliche Perspektive für die Zukunft bekommen, damit es für Unternehmen betriebswirtschaftlich Sinn ergibt, neü Mitarbeiter einzustellen.

Sinnvolle Qualifizierungsmassnahmen werden dabei mit Sicherheit weiterhin eine Rolle spielen, die Inhalte müssen aber ganz klar an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientiert werden.

ANTWORT 4

Offensichtlich ist die Arbeit der Agentur für Arbeit in grossen Teilen erfolglos und der Umbau von einer Behörde in eine Service-Agentur misslungen. Die FDP sagt immer „Privat vor Staat“ - das bedeutet in diesem Fall auch, dass wir erfolgreiche private Initiativen unterstützen. Ich habe hohen Respekt vor den vielen ehrenamtlich Tätigen in derartigen Einrichtungen, wie auch den oft unter schwierigen psychologischen Bedingungen arbeitenden angestellten Kräften (ich selbst habe mal in der Bildung von Langzeitarbeitslosen gearbeitet).

Wir in der FDP fordern für alle behördlichen Aufgaben eine Aufgabenkritik, um daraus einen sinnvollen Bürokratieabbau ableiten zu können. Wenn die Arbeitslosenberatung, wie ich vermute, wesentlich besser und günstiger durch private Initiativen wie das cuba erfolgen kann, ist es unstrittig, dass solche Einrichtungen zu unterstützen sind, anstelle teurer Verwaltungseinheiten.

Ja, wir unterstützen die Fortsetzung des Programms nach einer Effizienzbetrachung.

ANTWORT 5

Im Bereich des Handwerks wollen wir bspw. die Meistergründungsprämie von 5.000 auf wieder 10.000 Euro erhöhen. Ausserdem wollen wir, dass das die Programme, mit denen das Land aus Eigen- oder Fremdmitteln Wirtschaftsförderung betreibt, auf Mittelstand und Existenzgründungen konzentriert werden. Ausserdem profitieren speziell diese Betriebe von Kostenersparnissen durch vereinfachte bürokratische Abläufe.

Aus diesen Elementen erwarte ich deutlich verbesserte Grundlagen für Existenzgründer und Kleinbetriebe – wie ich selbst einen führe.

Arne Reuter
WK 85, MS-Süd

Sebastian Steinzen
WK 84, MS-Nord

ANTWORT 1

Wir werden von der Landesregierung fordern, dass sie im Bundesrat für die Rücknahme von Hartz IV eintritt. Zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit braucht NRW keine 1-Euro-Jobs nach Hartz IV, sondern neue Wege öffentlich geförderter Beschäftigung. Kommunale Einrichtungen, Vereine und Verbände müssen so gefördert werden, dass sie dauerhaft existenzsichernde Arbeitsplätze einrichten können. Die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit muss sofort zurückgenommen werden. Sie darf z. B. nicht auf Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ausgeweitet werden, wie es Rot-Grün will, denn das gefährdet Zehntausende von Arbeitsplätzen.

ANTWORT 2

Perspektivlosigkeit entsteht, wenn den Menschen die Möglichkeit entzogen wird, sich zu entfalten, und wenn ihr Selbstwertgefühl zerstört wird. Mini-Jobs und Billiglöhne können keine Lösung sein. Sie vernichten massiv regulär sozialversicherte Arbeitsplätze. Die gesellschaftlichen Folgen dieser massenhaften Arbeitsplatzvernichtung sind gravierend. Es wird eine 3-Klassen-Gesellschaft entstehen: eine, die Macht, Geld und Einfluss über die Wirtschaft, auf Politik und Gesellschaft hat, eine, die Arbeitsplätze hat (bis sie eine bestimmte Altersgrenze erreicht), und eine die keinen Arbeitsplatz hat, sich mit Mini-Jobs und Leiharbeit durch das Leben schlagen muss. Die einen können sich alles leisten, die anderen gar nichts. Eine neue Form der Armut wird dabei entstehen und sich ausbreiten. Folgen hiervon sind soziale Konflikte, steigende Kriminalität, Altersarmut.

ANTWORT 3

Die Kürzungen des Landes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen zurückgenommen werden. Wir wollen ein „Förderprogramm Dritter Sektor“ für Stadtteilgenossenschaften und andere Formen gemeinwohlorientierten Wirtschaftens im sozialen und kulturellen Bereich. Dabei kann an das in dieser Legislaturperiode stillschweigend begrabene Programm „Soziale Betriebe“ und das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ angeknüpft werden.

ANTWORT 4

Ja, und zwar ohne Wenn und Aber. Solche Arbeitslosenberatungen außerhalb der Agentur für Arbeit wie im cuba müssen erhalten bleiben. Außerdem soll ein Arbeitslosenparlament gegründet werden. Die Zeit ist einfach reif für eine solche Arbeitslosenlobby.

ANTWORT 5

Notwendig ist eine Steuerreform, die tatsächlich die Lohnsteuerzahler wie auch die kleinen und mittleren Unternehmen, die Handwerker und Existenzgründer entlastet und den Ausverkauf bei der Körperschaftssteuer, der verlangten Einkommensteuer und der Gewerbesteuer rückgängig macht. Leider sieht Basel II eine Änderung der Bankenpraxis in der Kreditvergabe vor. So dürfen Banken in Zukunft verstärkt die Konditionen eines Kredites an das prognostizierte Risiko binden – das heißt konkret: Wer groß und finanzstark ist, bekommt in Zukunft deutlich bessere Kredite – die kleinen Unternehmen oder gar Existenzgründer haben aufgrund höheren Insolvenzrisikos auch deutlich schlechtere Konditionen zu schultern. Wirtschaftspolitisch also verheerend.

PDS

Partei des demokratischen Sozialismus

Thomas Zehetbauer
Wahlkreis 84 MS-Nord

Arthur Achziger
Wahlkreis 85 MS-Süd

Literatur

T. C. Boyle – Dr. Sex

Rezension

Als 1948 in Amerika der Kinsey-Report veröffentlicht wurde, dümpelte besagtes Land in Sachen sexueller Aufklärung in vollkommener Umnachtung daher. Sex vor der Ehe und gleichgeschlechtliche Verlustierung wurden von Kirche und Staat gleichermaßen angeprangert und verfolgt.

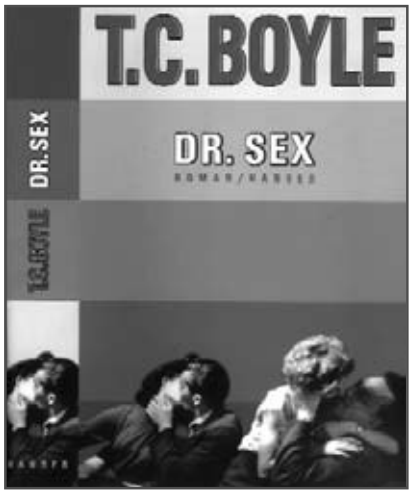
Onanie mache blind und Oralverkehr führe bei Frauen stets zur Unfruchtbarkeit. Puritanischer Mief durchzog das Nachkriegs-Amerika. Dr. Alfred Kinseys Sex-Report – er untersuchte zunächst das sexuelle Verhalten des Mannes, später auch das der Frau – schlug bombengleich in die der Dunkelheit geweihten Schlafzimmer ein und bereitete den Weg für die sexuelle Revolution.

Der Schriftsteller T.C.Boyle hat sich nun dieser charismatischen und schillernden Persönlichkeit angenommen und ein Roman über Kinsey geschrieben. In „Dr. Sex“ – so der Titel – lässt er John Milk, den fiktiven Assistenten als unbedarften Ich-Erzähler zu Wort kommen. Rückblickend schildert er Kinseys Werdegang: In den 30er Jahren studiert er als Professor der Zoologie zunächst Gallwespen, gibt sich dann jedoch mit leidenschaftlichem Eifer der Erforschung des menschlichen Sexuallebens hin. In einer vom zweiten Weltkrieg überschatteten Zeit erstellt er Fragebögen für Geschlechtsfragen, misst jede körperliche Erregung, beobachtet, führt Interviews mit nunmehr 80.000 Personen und zeichnet akribisch alle möglichen und unmöglichen Sex-Praktiken auf. Sollte man hier allerdings auf orgiastische Zuckungen en Detail aus sein, wird man sich viel mehr mit Statistiken wie: „17 % aller Männer haben Verkehr mit Schafen oder Kühen“ zufrieden geben. Vage Andeutungen wie: „Ich kam an dem Abend spät nach Hause“, belassen den bewußten Akt im Dunkeln und fordern stattdessen die Vorstellungskraft des Lesers heraus.

Kinseys Besessenheit in Sachen empirische Forschung geht soweit, dass er von seinen engsten Mitarbeitern, darunter auch besagter John Milk, Gruppensex verlangt – im Sinne der „wertfreien“ Untersuchung, versteht sich. Fast dogmatisch trichtert er seiner näheren Umgebung totale Zügellosigkeit ein, ohne auf emotionale Bindungen großen Wert zu legen. John gerät spätestens durch seine Heirat mit Iris zwischen die Fronten. Denn ein noch so aufgeklärter Geist ist nicht vor Gefühlen wie Liebe und Eifersucht gefeit, so krampfhaft er sich dies auch einreden mag.

Die sprachgewaltigen Metaphern, die sich durch Skurrilität auszeichnenden Gestalten, die man sonst von Boyle gewöhnt ist, wird man in „Dr. Sex“ eher selten finden. Gerade Boyle, der wie kein anderer absurde Szenen zu kreieren weiß, verzichtet auf sprachliche Übertreibungen zugunsten einer nüchternen Erzählweise, durch die er jedoch – ganz Meister seines Fachs – den zwiespältigen Charakter Kinseys entlarvt. Die einerseits geniale, anderseits egomane, diktatorische und manipulative Seiten dieses Mannes kommen durch John Milks verehrende und ebenso beschränkte Sichtweise zum Vorschein.

„Dr. Sex“ ist sicherlich nicht Boyles Meisterwerk, nichtsdestotrotz lesenswert und beileibe brisant. Vornehmlich in Amerika. Einem Land, dessen Pornoindustrie weltweit führend ist, zugleich jedoch radikale Moralisten 170 Millionen Dollar für Kampagnen ausgeben, um sexuelle Enthaltsamkeit zu propagieren. Als hätte es Kinsey und sexuelle Aufklärung nie gegeben. Boyle ist sich dessen durchaus bewusst, in welch schizophrenem Zustand sein Land sich derzeit befindet. Genau in diese neo-puritanische Zeit wirft er einen Roman über besagten Sexualforscher auf den Markt. Und löst Kontroversen aus. In einem Land, in dem Faltblätter informieren: Kondome schützen nicht vor Aids und Schwangerschaften werden durch Anfassen ausgelöst. *Das* ist skurril. cc



„Dr. Sex“ von T.C.Boyle ist im Hanser Verlag, München, erschienen. 472 Seiten, 24,90 Euro

Theater

„Wer weint schon um...?“

Ankündigung

Szenereise zwischen Hass und Hoffnung

Wer weint schon um...? – das neue Stück des Wolfgang Borchert Theaters, hat die Zahl Elf als Wegweiser in das Schauspiel eingebettet. Elfmal wird sich das Publikum auf die Reise machen müssen, um den Figuren und Begegnungen an elf unterschiedlichen Orten zu folgen. Und so erstaunt es auch nicht, dass die Uraufführung am 11. Mai in der Osmo Halle A1 am Hafen stattfindet.

Das von der Intendantin Ewa Teilmanns geschriebene und inszenierte Stück dreht sich um das zentrale Thema „Terrorismus“ – ein heutzutage inflationär gebrauchter Begriff, seit je her dem Wandel der Zeit und der subjektiven Perspektive unterworfen. In einer Zeit, in der Medien und Politiker vom „Krieg gegen den Terrorismus“ sprechen und Terrorismusbekämpfung als Legitimation für politische Aktivitäten und Eingreifen in die Privatsphäre dient, ist es sicherlich vonnöten, sich mit der Bedeutung des Terrorismus auseinanderzusetzen. Wo fängt Revolution an, wo hört Freiheitskampf auf, was ist Terrorismus? Was darunter vorstellen? Was geht in den Köpfen von Opfern, Tätern und Beobachtern vor? Und wie hat sich das Gesicht des Schreckens seit Robespierre gewandelt, der Terror in der Zeit der französischen Revolution mit Gerechtigkeit und Tugend gleichsetzte, um den Sieg der Demokratie zu gewährleisten?

Bewegend nicht nur die Thematik, bewegend auch das Theater im wahrsten Sinne des Wortes – das Publikum begibt sich auf Odyssee, von Bühne zu Bühne, elf an der Zahl. Die Etappen-Reise entführt den Zuschauer um den Erdball – anhand der individuell geprägten Geschichten der jeweiligen Protagonisten werden religiöse, ethnische, ideologische und staatliche Beweggründe offen gelegt. Die palästinensiche Jugendliche Sanabel trifft in Jerusalem auf den israelischen Jungen Shomo. Zwei Monate später, am 11. September 2001 besucht jener seine Tante Ruth in New York. Der Fernseher läuft. Ruth wiederum trifft am Ende des Jahres den Künstler Patrick E., den Sohn einer RAF-Terroristin. Gegensätzliche Welten prallen aufeinander: Offensichtlich wird, dass Schlagworte wie Freiheit, Gott und eben auch Terrorismus persönlich gefärbte Vorstellungen beinhalten.

„Das Theater hat Zeit; eine andere Zeit“ sich mit Begriffsfindungen auseinanderzusetzen. Teilmanns geht es in ihrem Stück sicherlich in erster Linie darum, den Blick auf die Geschehnisse der Welt zu sensibilisieren, von Vorurteilen zu erzählen, Werte zu finden, „die unseren Globus zusammenfassen“ könnten. So hat sie sich mit der Osmo-Halle am Hafen ein Spielort ausgesucht, der diesem Projekt wohl gerecht wird. Der Zuschauer bleibt zwar Beobachter, aber eben nicht in roten Plüsch gebettet, sondern von Szene zu Szene mitgezogen, von einem Wanderer geführt. Somit kann die Distanz des Beobachtens einem körperlichen und geistigen Mittendrinsein weichen. Alle Male elf Mal. cc

Elf Stationen,
elf Szenarien,
elf Figuren,
elf Begegnungen,
elf Bühnen,
der elfte Mai.
Elf – die Zahl
der Sünde,
Übertretung
und Gefahr.

Premiere: 11.Mai, Osmo Halle A1, am Hafen in Münster
Weitere Vorstellungen: 13.Mai – 2.Juli 2005

Recht

Bauhelfer ist kein Diener

Wird ein Bauhelfer gekündigt, weil er genug davon hat, dass Kollegen und Vorgesetzte immer ihn zum Essen holen schicken, dann kann er sich mit Recht dagegen wehren. Wer die Kollegen nicht bedienen will, begeht keine Arbeitsverweigerung.

LAG Rheinland Pfalz, 10 SA 33/04 vom 29.10.04, nach ARD Ratgeber Recht

Steuerklassenwechsel und Arbeitslosengeld

Wechselt der Arbeitslose mit seiner Partnerin die Steuerklasse, dann sinkt möglicherweise der Anspruch auf Arbeitslosengeld. Hat der Arbeitslose den Steuerklassenwechsel zunächst nicht gemeldet, dann fordert das Arbeitsamt in der Regel das zuviel gezahlt zurück. Das Arbeitsamt darf jedoch nur dann zurückfordern, wenn es den Arbeitslosen zuvor über die Auswirkung eines Steuerklassenwechsels ausdrücklich beraten hat.

BSG, B11a/11 AL 41/03 R vom 16.3.05, Pressemitteilung des Gerichts

Beweislast bei eheähnlicher Gemeinschaft

Bei einem sozialhilferechtlich nicht erforderlichen Umzug von einer angemessenen in eine teurere Wohnung, bei der aber die Unterkunftskosten auch noch in einer angemessenen Spannbreite liegen, sind die Unterkunftskosten zu übernehmen, wenn die Mehrkosten verhältnismäßig sind und die Gründe für den Umzug die Mehrkosten rechtfertigen.

Sozialgericht Schleswig, Beschluß vom 21.02.05, Az.: S 6 AS 30/05 ER

245 Euro im Monat reichen zum Leben

Die einmalige Anschaffung einer notwendigen Brille mit 100 Euro Kosten für den Arbeitslosen macht ihn nicht so arm, dass ihm per einstweiliger Anordnung eine finanzielle Unterstützung zugesprochen werden müsste. Nach Abzug der Brillenkosten hat der Antragsteller noch 245 Euro im Monat zum Leben, das reicht nach Meinung des Gerichts aus. Verglichen mit diesen 245 Euro muss beispielsweise ein Asylbewerber mit 225 Euro monatlich auskommen.

SG Münster, S 12 SO 14/05 R vom 28.2.05, www.tacheles-sozialhilfe.de

Alg nach Beratungsfehler des Sozialamtes

Wird wegen unzureichender bzw. fehlerhafter Beratung des Sozialamtes der Antrag auf Arbeitslosengeld zu spät gestellt, dann ist die Arbeitslose so zu stellen, als wenn sie richtig beraten worden wäre und den Antrag rechtzeitig gestellt hätte.

SG Berlin, S 58 AL 2107/03 vom 6.2.2004

Verrechnung von Einkommen aus Arbeit

Übt ein Arbeitsloser neben seinem Arbeitslosengeld mehrere Nebentätigkeiten unterhalb der 15-Stundengrenze aus, so kann er Verluste aus einer Tätigkeit mit positiven Einkünften aus einer anderen Tätigkeit verrechnen, bevor die Einkommen auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden. Die Verrechnung ist nur zwischen Einkommen aus Arbeit und nicht mit „mühelosen“ Einkommen (Kapitaleinkünfte, Mieten usw.) möglich.

BSG, B7 AL 58/03 R vom 2.6.04, nach info also 1/2005-04-08

Umzug in teurere Wohnung

Für ihre Annahme des Vorliegens einer eheähnlichen Gemeinschaft, ist die Arbeitsgemeinschaften nach den Grundsätzen der objektiven Beweislastverteilung im sozialgerichtlichen Verfahren darlegungs- und beweisbelastet. Diese Beweislast umfasst auch das Bestehen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft zwischen dem Antragsteller und seinem Partner. Aus dem bloßen Bestehen einer Wohngemeinschaft seit 27 Jahren kann nicht ohneweiteres geschlossen werden, daß eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt.

SG Saarbrücken, Urteil vom 04.04.05, Az.: S 21 AS 3/05

Offener Protest gegen untätigen Hausverwalter ist keine Beleidigung

Wenn der Hausverwalter über 2 Monate lang die kaputte Heizung nicht repariert, dann darf dieser sich nicht als beleidigt fühlen, wenn eine betroffene Mieterin ihn per Aushang als untätig und als fahrlässig bezeichnet.

LG Berlin, 5 S 25/04 vom 20.04.04, nach ARD Ratgeber Recht

Anwalt Tipp

von Wilhelm Achelpöhler

Meldepflicht bei befristeten Arbeitsverhältnissen

Am nächsten Tag geht Martin zum Arbeitsamt und meldet sich arbeitssuchend, da sein Beschäftigungsverhältnis am 05.04.2004 ende. Das Arbeitsamt kürzt daraufhin das Arbeitslosengeld um 1.050,00 Euro, denn Martin habe sich zu spät gemeldet. Er habe sich bereits drei Monate vor Ende des Beschäftigungsverhältnisses melden müssen. Martin war damit nicht einverstanden, legte Widerspruch ein und klagte vor dem Sozialgericht Münster. Erfolgreich, denn das Sozialgericht Münster gab ihm durch Urteil vom 23.02.2005, Az.: S 5 AL 209/04, recht.

Seit dem 01.07.2003 gelten die Bestimmungen des § 37 b und 140 SGB III. Nach § 37 b Abs. 1 SGB III müssen sich Personen, die z.B. arbeitslos werden, sich unverzüglich nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes persönlich arbeitslos melden. Es reicht also nicht mehr aus, sich etwa beim Ablauf der Kündigungsfrist arbeitslos zu melden, vielmehr müssen sich die Arbeitslosen direkt bei Kenntnis von der Beendigung des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitsamt melden. Für Arbeitnehmer, die einen befristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, bestimmt § 37 b Abs. 1 Satz 2 SGB III:

„Im Fall eines befristeten Arbeitsverhältnisses hat die Meldung jedoch frühestens drei Monate vor dessen Beendigung zu erfolgen."

Martin stellt sich auf den Standpunkt, er habe sich frühestens drei Monate vor der Beendigung gemeldet. Die Bestimmung könne durchaus so verstanden werden, dass die Arbeitslosmeldung nicht früher als drei Monate vor Beendigung erfolgen dürfe. In dem Moment, indem ihm sein Arbeitgeber mitgeteilt habe, dass er nicht weiterbeschäftigt werde, habe er sich dann auch umgehend gemeldet.

Das Sozialgericht Münster hielt diese Interpretation der Rechtslage zwar nicht für zutreffend, denn auf diese Weise würde die Pflicht zur Meldung beim Arbeitsamt bei befristeten Arbeitsverhältnissen praktisch ins Leere gehen, allerdings könne dem Arbeitslosen nicht vorgeworfen werden, wenn er sich nicht bereits drei Monate vor Ende des Jobs beim Arbeitsamt melde. Die Meldung beim Arbeitsamt müsse „unverzüglich" erfolgen. Unverzüglich bedeute „ohne schuldhaftes Zögern". Im Recht der Arbeitsförderung ist nach Ansicht des SG Münster, insoweit ein anderer Maßstab anzulegen, als im Zivilrecht. Ein Arbeitsloser könne, auch wenn er das Gesetz gelesen habe, nicht unmittelbar erkennen, dass bei einem befristeten Arbeitsverhältnis die Meldung bereits drei Monate vor Ende des Beschäftigungsverhältnisses erfolgen müsse.

Die Bundesagentur hat gegen die Entscheidung des Sozialgerichts Münster Berufung eingelegt. Sie steht auch im Gegensatz zu einer Entscheidung des LSG Baden-Württemberg. Die Meldefrist nach § 37 b SGB III ist auch im Übrigen durchaus Gegenstand von anderen Gerichtsentscheidungen. Das Sozialgericht Düsseldorf etwa entschied (Az.: S 25 AL 25/04), dass entgegen dem Wortlaut des § 37 b Abs. 1 Satz 2 SGB III auch eine Arbeitslosmeldung mehr als drei Monate vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfolgen könne, denn dadurch werde die Vermittlung sogar noch mehr gefördert, als durch eine spätere Meldung beim Arbeitsamt.

Martin M. schloss am 01.10.2003 ein bis zum 5.04.2004 befristetes Arbeitsverhältnis ab. Am 24.03.2004 teilte ihm sein Arbeitgeber mit, dass der Vertrag nicht verlängert werde.

Wo bleibt Euer Aufschrei?

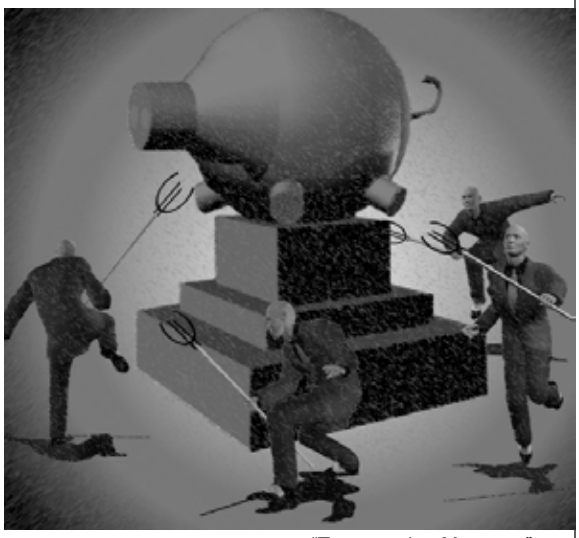
In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne.

Von Heiner Geissler

„Die Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällender Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt."
Karl Marx/Friedrich Engels, 1848,
"Manifest der Kommunistischen Partei"

146 Jahre später warten in Deutschland – als ob es nie eine Zivilisierung des Klassenkampfes gegeben hätte – Zehntausende von Arbeitern auf den nächsten Schlag aus den Konzernetagen von General Motors, Aventis, Volkswagen und Continental, der sie in die Arbeitslosigkeit und anschließend mit Hilfe der Politik auf die unterste Sprosse der sozialen Stufenleiter befördert.

Nicht das Gespenst des Kommunismus, vielmehr die Angst geht um in Europa – gepaart mit Wut, Abscheu und tiefem Misstrauen gegenüber den politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten, die ähnlich den Verantwortlichen in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus in die Industriegesellschaft offensichtlich unfähig sind, die unausweichliche Globalisierung der Ökonomie human zu gestalten.



"Tanz um den Mammon" sr

Unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes reden sie vielmehr einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort.

Unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes reden sie vielmehr einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort. 100 Millionen von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen in Europa und den USA und 3 Milliarden Arme, die zusammen ein geringeres Einkommen haben als die 400 reichsten Familien der Erde, klagen an: Die Adepten einer Shareholder-Value-Ökonomie, die keine Werte kennt jenseits von Angebot und Nachfrage, Spekulanten begünstigt und langfristige Investoren behindert. Sie klagen an: die Staatsmänner der westlichen Welt, die sich von den multinationalen Konzernen erpressen und gegeneinander ausspielen lassen. Sie klagen an: ein Meinungskartell von Ökonomieprofessoren und Publizisten, die meinen, die menschliche Gesellschaft müsse funktionieren wie DaimlerChrysler, und die sich beharrlich weigern, anzuerkennen, dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört.

Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globalisierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist – ohne Regeln, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze »private Sektor« unreguliert agieren können. Die globalisierte Ökonomie ist auch eine Welt, in der Kriminelle und Drogendealer frei und ungebunden arbeiten und Terroristen Teilhaber an einer gigantischen Finanzindustrie sind und so ihre mörderischen Anschläge finanzieren.

...eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze „private Sektor" unreguliert agieren können.

Wo bleibt der Aufschrei der SPD, der CDU, der Kirchen gegen ein Wirtschaftssystem, in dem große Konzerne gesunde kleinere Firmen wie Kadus im Südschwarzwald mit Inventar und Menschen aufkaufen, als wären es Sklavenschiffe aus dem 18.Jahrhundert, sie dann zum Zwecke der Marktbereinigung oder zur Steigerung der Kapitalrendite und des Börsenwertes dichtmachen und damit die wirtschaftliche Existenz von Tausenden mitsamt ihren Familien vernichten? Den Menschen zeigt sich die hässliche Fratze eines unsittlichen und auch ökonomisch falschen Kapitalismus, wenn der Börsenwert und die Managergehälter – an den Aktienkurs gekoppelt – umso höher steigen, je mehr Menschen wegrationalisiert werden. Der gerechte, aber hilflose Zorn der Lohnempfänger richtet sich gegen die schamlose Bereicherung von Managern, deren »Verdienst«, wie sogar die FAZ schreibt, darin besteht, dass sie durch schwere Fehler Milliarden von Anlagevermögen vernichtet und Arbeitsplätze zerstört haben.

Warum wird tabuisiert und totgeschwiegen, dass es eine Alternative gibt zum jetzigen Wirtschaftssystem: eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb?

Das Triumphgeheul des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die Billiglohnkonkurrenz aus dem Osten noch in den Ohren, müssen marginalisierte und von der Marginalisierung bedrohte Menschen sich vom politischen und ökonomischen Establishment als Neonazis und Kommunisten beschimpfen lassen, wenn sie radikale Parteien wählen, weil es keine Opposition mehr gibt und sie sich mit einer Großen Koalition konfrontiert sehen, die offensichtlich die Republik mit einem Metzgerladen verwechselt, in dem so tief ins soziale Fleisch geschnitten wird, dass das Blut nur so spritzt, anstatt durch Bürgerversicherung und Steuerfinanzierung die Löhne endlich von den Lohnnebenkosten zu befreien. Nur Dummköpfe und Besserwisser können den Menschen weismachen wollen, man könne auf die Dauer Solidarität und Partnerschaft in einer Gesellschaft aufs Spiel setzen, ohne dafür irgendwann einen politischen Preis bezahlen zu müssen. Warum wird tabuisiert und totgeschwiegen, dass es eine Alternative gibt zum jetzigen Wirtschaftssystem: eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb?

Ideen verändern die Welt.

Auch in einer globalen Wirtschaft sind Produktion und Service ohne Menschen nicht möglich. Neue Produktionsfaktoren wie Kreativität und Wissen sind hinzugekommen. Aber das Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Kapital ist geblieben. Die Kommunisten wollten den Konflikt lösen, indem sie das Kapital eliminierten und die Kapitaleigner liquidierten. Bekanntlich sind sie daran gescheitert. Heute eliminiert das Kapital die Arbeit. Der Kapitalismus liegt derzeit genauso falsch wie einst der Kommunismus.

Der Tanz um das Goldene Kalb ist schon einmal schief gegangen.

Quelle:
http://www.zeit.de/2004/47/Ohnmacht_2fArbeiter

Der Wahltest

Die Auswertung von Seite 5

0-25 Punkte
NPD Stramm Rechts - Recht und Ordnung sind schon eine feine Sache! Aber man sollte es auch nicht übertreiben! Tipp: Belegen Sie einen Deutsch-Kurs damit Sie die Ausländer besser verstehen können!

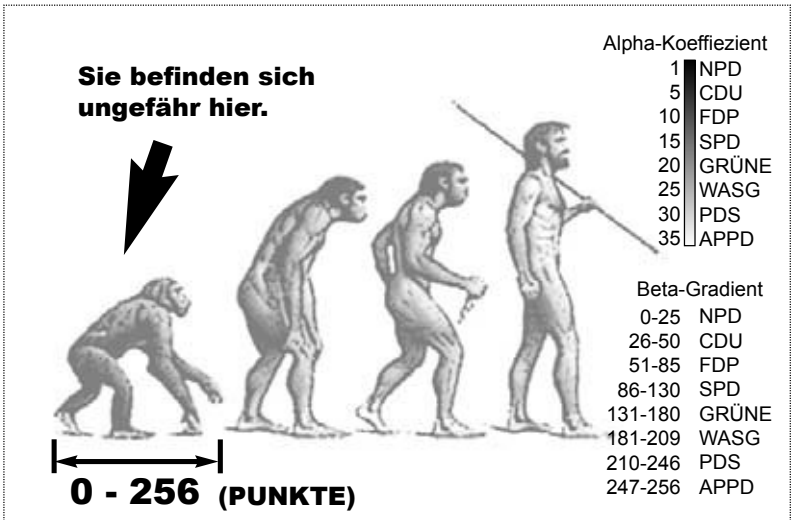
26-50 Punkte
CDU Rechts - Sie haben Glück! Immerhin ist einer von Ihnen nun Papst geworden, obwohl: Der hat eigentlich auch nicht viel zu entscheiden! Tipp: Nehmen Sie nicht alles so ernst und machen Sie eine Diät!

51-100 Punkte
FDP **SPD** Mitte - Da Sie wahrscheinlich auf dem Weg zu einem Geschäftstermin sind, muss ich es kurz machen! Tipp: Starten Sie eine Revolution und nehmen Sie Ihren Schlips wenigstens nachts mal ab! Wenn Sie eine Frau sind, sagen Sie es Ihrem Mann!

101-209 Punkte
GRÜNE **WASG** Links - Schönen Dank für das Ausfüllen des Bogens! Obwohl der für Sie viel zu kurz war, denn Ihrereiner hat uns zum Ausfüllen viel längerer Fragebogen gezwungen. Tipp: Lachen Sie! Solange es noch möglich ist, denn der Wahltermin ist schon bald!

210-246 Punkte
PDS Stramm Links - Sie sind schon nett, aber warum verkauft Ihresgleichen immer seine Ideale? Das bringt doch kein Geld, nur Häme! Tipp: Holen Sie die VOPO-Unifom aus dem Schrank und verkloppen Sie *die* auf dem Flohmarkt. In Münster. Am 21.Mai.

247-256 Punkte
APPD Anarchisch - Klar, jeder wie er will, aber wer will mit Ihnen in einer Wohnung wohnen? Und wer räumt den Müll weg? Tipp: Am Tag der Arbeit wenigstens einmal im Jahr geregelt arbeiten, das ist sowieso Sonntags, da kann nichts passieren.



"It´s a long way...", Psychopolitische Entwicklungsstufe des Homo Sapiens 2005

Balko Klattmor hat in unserer letzten Ausgabe sein Glück gefunden. Jetzt schauen wir, wie es seiner kleinen Schwester ergeht.

Abwärts

Teil 1

Es ist Montag. Unsicher bewegt sich Lieselotte über die Straße. Schaut auf die Gesichter der Leute, die ihr entgegen kommen. Wenn sie jemand anschaut, ist es meist kein freundliches Gesicht, sondern eher ein mürrisches.

Seit ein paar Monaten ist Lieselotte jetzt arbeitslos. Schämt sich dafür. Früher konnte sie Arbeitslose nicht leiden. „Wer Arbeit sucht, der findet auch welche!“ war ihre Meinung zu dem Thema.

Als ihre Firma Pleite machte, konnte sie es nicht fassen. Stürzte sich in den Alkohol, wo sie doch früher höchstens mal ein Glas Sekt zu besonderen Gelegenheiten trank.

Lieselotte ist noch nicht alt. Gerade Anfang Dreissig. In einem guten Alter für die Arbeitsvermittlung. Sie bekam auch Jobs angeboten. Meistens Bedienung in Kneipen und Restaurants. Doch das war nichts für sie. Zwar gab sie sich allergrößte Mühe, doch man merkte ihr einfach an, dass sie unmotiviert an die Arbeit ging. Bedienen ist ihr zutiefst verhasst. So wurde sie schnell „gegangen“ und fiel danach in tiefe Selbstzweifel und Depressionen.

Doch jeden Morgen raffte sie sich wieder auf, ging auf Arbeitssuche, fing an zu rotieren. Doch die Schlinge zog sich immer enger.

Es ist Dienstag. Lieselotte bekommt einen Brief. Vom Arbeitsamt. Die Tilgung ihrer Schulden gegenüber der Krankenkasse werden von ihrem Geld abgezogen. Sie rutscht damit auf Sozialhilfeniveau. War abzusehen und doch ist da Verzweiflung. Als erstes öffnet sie eine Flasche Korn.

Es wird langsam dunkel. Die Lichter der Stadt treten hervor. Die Konsumgeilen verschwinden von den Straßen und anderes Publikum bevölkert die kleine Stadt. Vergnügte Menschen die sich auf einen schönen Abend in einer Kneipe oder Disco freuen, Verliebte Pärchen, die die Promenade entlangflanieren. Und dazwischen fallen immer mehr Betrunkene auf. Um diese Zeit meistens Jugendliche, die den Alkohol nicht vertragen und eine Menge Lärm machen. Lieselotte beachtet alle diese Menschen gar nicht. Kann sie auch nicht. Sie kann nur noch torkeln und das ist schon eine Leistung bei dem Alkoholkonsum des heutigen Tages. So wandert sie umher, von der Promenade in die Stadt. Ihre Haare sind fettig und verklebt vom Schwitzen. In der rechten Hand eine Pulle Korn, zieht sie durch die Gassen. Wohin sie will, hat sie vergessen. Als sie einen Mann derbe anrempelt und dieser sich beschwert, lacht sie ihn schrill an und übergibt sich. „Asoziales Pack!“ schreit der Typ sie an. Lieselotte dreht sich um. Meint er etwa sie? Nein, das kann nicht sein.

Plötzlich zieht man an ihrem Arm. Sie wird auf die gegenüberliegende Straßenseite gezogen und dann zu Boden gerissen. „Alte, halt die Fresse und setz dich zu mir! Zu zweit trinkt es sich wohl besser, oder?“ Lieselotte dreht langsam den Kopf zur Seite, kann ihr Gegenüber aber nicht erkennen. „Was guckst du?“ dröhnt es von dem anderen her. „Nö nö, alles okay!“ erwidert Lieselotte lallend. Vor ihrer Nase erscheint eine Weinflasche und ohne zu Zögern setzt sie an. Der andere legt den Arm um sie und sie lässt sich hineinfallen, während sie einen weiteren langen Schluck aus der Flasche nimmt. Rülpsend liegen beide im Dreck auf der Strasse und saufen. Nur dreckiges Gelächter unterbricht das Trinken. Es ist inzwischen dunkelste Nacht und wenn mal jemand vorbeikommt, schüttelt er entweder den Kopf wegen dem verwahrlosten Pennerpärchen, oder setzt eine mitleidsvolle Miene auf.

ro

Spargel für Arbeitslose

Die obersten Arbeitserzieher der Republik kommen jedes Frühjahr aufs neue mit den polnischen Spargelstechern. Diese kommen mit einer befristeten Arbeitserlaubnis zu unseren Spargelbauern, um unseren Hunger auf billigen Spargel billig zu stillen. Da könnten nach Meinung deutscher Stammtischpolitiker auch deutsche Arbeitslose arbeiten.

Osteuropäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter erfüllen besser die Bedingungen für die deutschen Arbeitgeber als deutsche Arbeitslose. Es kommen nur die absolut Willigen auf die deutschen Höfe, sie haben hier keine Familie, keine sonstigen Verpflichtungen oder Hobbys, die sie von der Arbeit am Sonntag, am frühen Morgen oder am Abend, sprich rund um die Uhr ablenken. Sie sind zufrieden mit dem niedrigen Lohn, weil er nach heimischer Kaufkraft und Lohnerwartungen sehr hoch liegt – Wohnung, Essen, Handwerker oder Zahnarzt kosten hier mehr als in Osteuropa. Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft wollen darum gar nicht die deutschen Arbeitslosen, sie wollen ihre osteuropäischen Wanderarbeiter.

Der Tariflohn für Spargelstecher liegt im Schnitt bei 5,42 Euro pro Stunde (FAZ, 7.4.05). Oft wird aber weniger gezahlt, der Cottbuser Arbeitsamtsleiter spricht von 3,40 Euro. Von 3,40 Euro brutto kommt man nicht mal auf Sozialhilfe- oder ALG II-Niveau, auch 5,42 Euro bringen einen nicht aus der Armut heraus.

Im Internet (z.B. http://d-a-s-h.org/dossier/09/06_keinen_lohn.html) finden sich Hinweise auf Abzockerei bei den osteuropäischen Wanderarbeitern in der deutschen Landwirtschaft. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von den Saisonbetrieben unerlaubt hoch berechnet und vom Lohn abgezogen. Die Lohnberechnung wird nach unten gedrückt, beispielsweise mit Hinweis auf angeblich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge. Wer Hilfe braucht, erhält wichtige Informationen unter:
http://www.respectnetz.de/pages/tipps.htm

Vier Monate dauert die Arbeitserlaubnis für saisonale Wanderarbeiter maximal, von den erteilten 870.000 Erlaubnissen im Jahr gehen 280.000 in die Landwirtschaft (viele gehen auch in die Gastronomie und in Kirmesbetriebe). 280.000 mal maximal 4 Monate sind also etwa 90.000 Ganzjahresarbeitsplätze bei 5,2 Millionen offiziellen Arbeitslosen. Das reicht zumindest für soviel Schaum, um die Herren der Stammtische ordentlich einzuseifen.

Die obersten Arbeitserzieher der Republik kommen jedes Frühjahr aufs neue mit den polnischen Spargelstechern.

Im Frühling wollte ich mal eine Fischsuppe kochen. Gut ist es, wenn man dafür zunächst einen Sud aus Fischresten kocht. Also frage ich auf dem Markt an den Fischständen nach Fischabfällen. Und wie Münster so ist: Es gibt fast nur Lachsreste. Für ne Fischsuppe ist das langweilig. Jedoch, auch mit einer großen Tüte Lachsgerippe kann man eine leckere Suppe kochen, dazu braucht man noch ein knappes Pfund Spargel und Frischkäse oder Sahne oder Crème fraiche und etwas Zitrone.

Die Lachsreste in 1,5 Liter Salzwasser etwa 5 Minuten aufkochen. Die Brühe in einen anderen Topf abgießen. Das verwendbare Fleisch von den Fischgerippen abpflücken. Währenddessen den geschälten und in kurze Stücke geschnittenen Spargel in der Brühe bissfest kochen. 150 g Frischkäse (oder Sahne oder Crème fraiche) einrühren. Das Lachsfleisch in die Suppe geben. Mit etwas Pfeffer sowie Zitrone oder Weißwein abschmecken. Gibt ne ordentliche und leckere Mahlzeit.

(Geht auch ohne Lachs, dann weniger Wasser nehmen und 1Teelöffel Zucker mitkochen.)

Frauen treffen sich jeden 2. Sonntag im Monat zum gemütlichen Frühstück und politischer Diskussion oder kulturellen Aktivitäten

Aufbruch

Seit September des letzten Jahres treffen sich Frauen regelmäßig einmal im Monat, um gemeinsam gemütlich zu frühstücken und zu diskutieren, Ausstellungen zu besuchen, Filme anzuschauen oder Referentinnen zu lauschen.

Themen waren bisher die Macht oder Ohnmacht von Wählerinnen und Politikerinnen oder die Auswirkungen der Agenda 2010 und von Hartz I – IV. Neue Literatur für Herbst und Winter haben wir uns ebenso vorstellen lassen, wie die Kampagne „Mode, Macht und Frauenrechte“ für soziale Rechte der Textilarbeiterinnen, vor allem in den sog. Weltmarktfabriken. Der Film „Antonias Welt“ ist ausführlich diskutiert worden. Die Thesen „Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat – für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen“ haben großes Interesse gefunden und den Wunsch nach weiteren Diskussionen darüber ausgelöst. Auch das Thema „weiblich, jung geblieben sucht ...“ neue Wohnformen für (ältere) Frauen – kam gut an.

Das nächste Treffen findet am Sonntag, 8. Mai von 11 bis 14 Uhr im c.u.b.a. statt.

Thema im Mai: "Die Frauen beim Weltsozialforum".

2004 fand das Weltsozialforum in Mumbai, in Indien statt, einer Megacity, in der sich der tägliche Überlebenskampf durch Privatisierung und Ressourcenplünderung insbesondere für Frauen sichtlich verschärft hat. Mit dem Film von der Teilnehmerin Sabine Weber können wir zeigen, dass erstmals auch eine deutlich feministische Kritik an den herrschenden Geschlechterverhältnissen hörbar war und gleichsam zum guten Ton gehörte.

Ob feministische Kritik und Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit auch beim diesjährigen Treffen des Weltsozialforums im Januar in Porto Alegre weiter selbstverständlich zu hören war, wird uns die Referentin und Teilnehmerin Susanne Spindler berichten. Sie gehört auch zum Vorbereitungskreis des ersten deutschen Sozialforums. Es wird vom 21. bis 24 Juli in Erfurt für alle offen sein, die sich gemeinsam mit anderen auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen möchten oder es bereits sind.

Über den Stand der Vorbereitung, die Foren und Arbeitsgruppen, auch die „Initiative FrauenRaum beim Sozialforum“ als Stimme der unterschiedlichen Strömungen der Frauenbewegung sowie geplante Aktivitäten in der Stadt wird Susanne Spindler uns informieren.

Zum Frauenfrühstück am Sonntag, dem 8. Mai 2005 um 11 Uhr ins c.u.b.a. Achtermannstr. 10 – 12 im Sobi (III. Etage) sind alle herzlich eingeladen.

Anne Neugebauer

FRAUEN-LOS
los FRAUEN
erwerbslos, ausbildungslos, mittellos...
KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

Regelmäßige Treffen für alle erwerbsarbeitslosen und -suchenden Frauen: Austausch von Ansichten, Anregungen und Auswegen

Donnerstag 10.00 - 11.30 Uhr im Arbeitslosenzentrum „Malta“

Achtermannstr. 10-12 (cuba-Innenhof)

Kontakt:
Arbeitslose brauchen Medien e.V.
Achtermannstr. 7, 48143 Münster
Tel.: 4 140 553
(Maria Hamers, Anne Neugebauer)

SOZIAL FORUM IN DEUTSCHLAND 2005

1. Sozialforum in Deutschland

Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre.

Informationen zum 1. Sozialforum in Deutschland unter www.sozialforum2005.de

Job-Gipfel kommt ohne Realität aus.

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, dass der Grund für die Wachstumsschwäche die fehlende Binnennachfrage ist. Nicht umsonst stehen Häuser wie Karstadt und Hertie mit dem Rücken zur Wand. Den Leuten fehlt einfach das notwendige Geld, um die Konjunktur anzukurbeln und es fehlt ihnen das Vertrauen in die Zukunft. Bei fünf Millionen Arbeitslosen und der zynischen Verarmungspolitik mit Hartz IV verwundert dies nicht.

Die Körperschaftssteuer soll gesenkt werden!

Depression gilt als neue Volkskrankheit. Die Politik ist also aufgefordert, das Steuer herumzureißen. Merkel und Stoiber nutzten die Gunst der Stunde und schrieben öffentliche Briefe. Kanzler Schröder stieß ins gleiche Horn – der Job-Gipfel war geboren. Und was war das Ergebnis? Die Körperschaftssteuer, also die Steuer für Aktiengesellschaften etc., soll gesenkt werden! Wie das Problem der fehlenden Binnennachfrage damit gelöst werden soll, das bleibt das Geheimnis der Teilnehmer.

Aber wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, den alltäglichen Wahnsinn in diesem Bereich der Politik ein wenig zu entwirren.

Hier also ein paar Fakten zum Thema Unternehmenssteuerreform und Binnennachfrage:

Die 30 Dax-Unternehmen verbuchten im Jahr 2004 einen Gewinn von insgesamt 60 Mrd. Euro. Nach Rechnung des Statistischen Bundesamtes wuchsen die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in 2004 so stark wie noch nie nach der Wiedervereinigung. Auch für das Jahr 2005 erwartet die Bundesregierung ein weiteres starkes Wachstum der Gewinne. Dennoch fordert der Sachverständigenrat, die Union, Clement und Schröder eine weitere Senkung der Steuerlast der Unternehmen. Obwohl wir in Deutschland laut Aussage Schröders bereits jetzt die drittniedrigste Steuerquote in der EU haben (siehe auch Tabelle).

Regierung und Opposition lehnen es weiter ab, die „Erfolge“ ihrer Politik wahrzunehmen.

Wie es dazu kommen konnte, verdeutlichen die folgenden Zahlen:

Die deutschen Kapitalgesellschaften haben in den zehn Jahren von 1991 bis 2000 im Jahresdurchschnitt umgerechnet 16,2 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer gezahlt. In den Jahren 2001 bis 2003, bedingt durch eine große Reform dieser Steuer, nur noch 3,57 Mrd. Euro im Jahr. Ihre Steuerlast ist also um rund 80 Prozent gesenkt worden. Die hierauf veranlagte Einkommenssteuer sank ebenfalls um fast 80 Prozent.

Der steuerpolitische Boden für ein starkes Wachstum war also bereitet, jedenfalls nach der Logik von Schröder, Stoiber und Merkel. Es gab aber in den vier Jahren von 2001 bis 2004 im Jahresdurchschnitt nur ein Mini-Wachstum von 0,62 Prozent.

Nur Ignoranten können sich noch über die Schwäche der Binnennachfrage wundern.

Zeit zum Umdenken? Nicht bei unseren Job-Gipflern! Die vertrauen weiter auf die Einflüsterungen des BDI und anderer Lobbyisten – und blenden die Realität einfach aus. Wer die Zeche zahlt, das machen folgende Zahlen deutlich:

Die Einnahmen aus Lohnsteuer sind von 1991 bis 2003 um 25 Prozent gestiegen; die Mehrwertsteuer hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt. Da wird klar, wo die Gewinne herkommen und auf wessen Rücken die Steuergeschenke verteilt werden. Nur Ignoranten können sich noch über die Schwäche der Binnennachfrage wundern.

Es geht auch anders

Nach einem Bericht der Financial Times will der Finanzminister Schwedens, Pär Nuder, im Land mit der wohl höchsten Steuerbelastung in der industrialisierten Welt, die Steuern sogar noch erhöhen, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern. Schwedens Wirtschaft liegt übrigens seit 10 Jahren weit über dem EU-Durchschnitt, im Jahr 2004 bei vier Prozent.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland, dessen Steuern insgesamt fast deutlich niedriger liegen als die seines schwedischen Wettlaufpartners, stagniert dagegen auf Mini-Niveau. Und das trotz massiver Steuersenkungen.

Ist wohl immer noch die Frage, mit wem man sich misst beim Steuerwettlauf? Mit der relativ „armen“ Volkswirtschaft Litauens oder mit dem erfolgreichen Wohlfahrtsstaat Schweden.

Die neoliberale Wirtschaftpolitik der vergangenen 24 Jahre hat in Deutschland einen Fehlschlag nach dem anderen produziert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg und steigt weiter. Wann werden wir aufwachen, bei sechs Millionen, bei acht – oder zehn? Es wird höchste Zeit, dass wieder Vernunft in die Politik einkehrt. Und die beginnt damit, dass man endlich die Realität wahrnimmt im Raumschiff Berlin. noa

Der "Job-Motor" Körperschaftssteuer im internationalen Vergleich (2004)

Belgien	34,00%
Dänemark	30,00%
Deutschland	25,00%
Litauen	15,00%
Niederlande	34,50%
Österreich	34,00%
Polen	27,00%
Portugal	30,00%
Schweden	28,00%
Slowakei	25,00%
Slowenien	25,00%
Tschechien	31,00%
Ungarn	18,00%
USA	39,90%
Irland	12,50%
Schweiz	16,40% – 29,2%
Italien	34,00%
Norwegen	28,00%
Frankreich	35,40%
Japan	35,20%
Kanada	36,60%
Spanien	35,00%
Großbritannien	30,00%
Estland	26,00%
Griechenland	37,50%
Lettland	19,00%

BUCHTIPP

Das Arbeitslosenprojekt „TuWas“ tut alles, um in 2005 Ratsuchende und Ratgebende mit aktuellen Hilfsmitteln auszustatten:

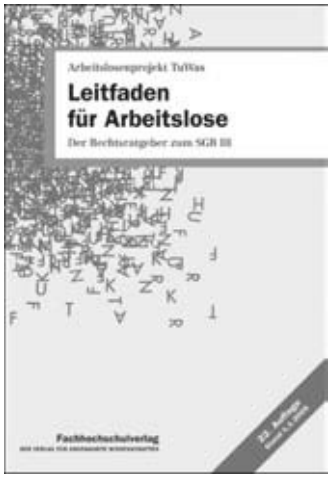
Der „Leitfaden für Arbeitslose“ erscheint in der 22. Auflage. Eingearbeitet sind auf dem Stand 1.1.2005 die durch Hartz III und das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt verursachten zahlreichen Änderungen des SGB III. Sie finden deshalb alles, was Sie über das Arbeitslosengeld wissen wollen.

Nicht mehr enthalten ist die Arbeitslosenhilfe. Hartz IV hat sie durch das im neuen SGB II geregelte Arbeitslosengeld II ersetzt. Zu dieser neuen Leistung hat das Arbeitslosenprojekt TuWas einen eigenen „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II“ erarbeitet, der ebenfalls im Fachhochschulverlag erhältlich ist.

Das Buch ist verständlich geschrieben und angesichts eines Umfanges von fast 600 Seiten und zweifarbigem Druck preiswert.

Der Band kostet (einschließlich Versandkosten) 11,– Euro und ist zu beziehen über:

Ab 1.1.2005 gilt ein grundlegend verändertes Arbeitslosenrecht.



Fachhochschulverlag
Der Verlag für angewandte Wissenschaften
Kleiststr. 31
60389 Frankfurt
Tel.: (0 69) 15 33-28 20
Fax: (0 69) 15 33-28 40
bestellung@fhverlag.de
www.fhverlag.de
Anfang Mai erscheint im selben Verlag: „A-Z für ALG2- u. Sozialhilfeempfänger“

2.Mai
Tag der Arbeitslosen

Erstmalig wird am Montag, 2.5.2005, der Tag der Arbeitslosen begangen, auf dem Prinzipalmarkt, vor dem Rathaus, um 18 Uhr!

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und Ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angelika Vrbanec

dienstags: 8:30 bis 12:30 Uhr
mittwochs: 14:30 bis 17:00 Uhr
donnerstags: 9:30 bis 11:30 Uhr
und nach Vereinbarung

Fon: 263607
Fax: 26529607
Josef-Beckmann-Str. 5
48159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.

Leserbrief

Schon bemerkt? Selbst die Hofberichterstatter der SPD verwenden bei der Nennung von Minister Clement nicht mehr das Prädikat „Superminister“.

Stellt sich die Frage, ob es je gerechtfertigt war, Herrn Clement so zu titulieren. An seinem Tun früher in NRW oder jetzt in Berlin gemessen, eher nicht.

De Agnostiker sagt: Ich verleugne nicht, dass es einen Bundesminister gibt, aber ich vermag ihn nicht zu erkennen!

Mit dem Anspruch, die Bürokratie abzubauen, ist Minister Clement u.a. in Berlin angetreten, in der Realität hat sich die Bürokratie aber wie eine Pissnelke ausgebreitet. Zum Beispiel müssen Anträge auf ALGII alle drei Monate neu erstellt werden!!! Mit der daraus resultierenden Datenflut werden die Computersysteme der Ämter sehr schnell an ihre Grenzen stoßen und Fehler zu ungunsten der Antragsteller werden Alltag sein.

Auch der Jubel des Herrn Clement über die „Ein Euro Jobs“ fordert doch Fragen nach seiner Qualifikation als Arbeits- und Wirtschaftsminister geradezu heraus. In seinen „Fensterreden“ spricht dieser Herr immer über die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt, sieht aber tatenlos zu, wie die Deutsche Post mit immer weniger Dienstleistern in Deutschland Dienstleistungen zu erbringen versucht. Durch enormen Druck auf die noch Beschäftigten erziel die Deutsche Post enorme Gewinne, die für zweifelhafte Firmenkäufe im Ausland ausgegeben werden, anstatt Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen und von hier aus zu expandieren. Allein die Summen, die für bisher gekaufte Firmen im Ausland von der Deutschen Post bisher nachgelegt werden mussten, um eine Pleite eben dieser Zukäufe zu verhindern, nähern sich der Milliardengrenze.

Ähnliches spielt sich bei der Deutschen Bank ab! Ungebremst vom Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement. In Abänderung eines Tucholsky Zitats: Die Aktienkurse steigen und die Arbeiter fliegen auf die Strasse.

Durch ein grundsätzliches Verbot der Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, sowie rigoroses Unterbinden der Arbeitsaufnahme von Rentnern und Frühpensionären bei Telekom, Post und Bahn, – auch das politische Personal muss genannt werden, von denen viele, obwohl bestens versorgt, Arbeitsplätze belegen – könnten prepter prompter 1,5 Millionen Menschen aus der Arbeitslosigkeit geholt werden.

Wolfgang Leyer, Rheine

Münster-Pass

Der „vorläufige Münster-Pass“ verschafft Erwerbslosen und anderen Bedürftigen Ermäßigungen bei verschiedenen Anbietern von Bildungs-, Kultur oder Sportangeboten.

Wo gibt es ihn?

cuba - Arbeitslosenberatung und Sozialbüro
Malta - Münsters Arbeitslosenzentrum
Begegnungszentrum Sprickmannstraße
KAI - Kinderhauser Arbeitsloseninitiative

Radlos ?

Neue und gebrauchte Fahräder

Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

LILALEEZE

Frauenfahradladen
Dortmunderstr.11 - Fon:66 57 61

Hier Erdnuß Anzeige

Das Gesangsduo

Die singenden Schornsteinfeger

Wir feiern mit Ihnen auf Ihren
Stadt- und Zeltfesten, Weihnachtsmärkten, Werbetagen, Karnevalsveranstaltungen, Firmenjubiläen, privaten Feiern, Hochzeiten und Geburtstagen

Werner Conrady - Ludgerusstrasse 39 - 48324 Sendenhorst
Tel: 02 53 5 / 93 15 06 oder 01 62 / 89 49 39 3

Unsere Sponsoren
Volksbank Münster eG · Pott's Münsterländer Originale · floristik Brockmann

Paul Demel Rechtsanwalt

Bahnhofstraße 5
48143 Münster

Fon: 0251-4140505
Fax: 0251-4140506

Die Beratung in der cuba-Sozialagentur ist kostenlos, freiwillig und vertraulich.

Achtermannstr.10-12 (cuba), 1. Stock
Beratungstermine:
Dienstag, Donnerstag
von 9:00 bis 11:00 Uhr
und nach Vereinbarung

Sozialagentur im cuba

Beratung für arbeitslose Sozialhilfeberechtigte

Fon: 0251-518880
Fax: 0251-518543

Sozialberatungen im cuba
Achtermannstrasse 10-12
48153 Münster

Arbeitslosenberatung, Fon: 511929
Offene Beratung ohne Voranmeldung
Montag und Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

sic -Sozialhilfeberatung im cuba, Fon: 58856
Dienstag bis Freitag: 09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
nach Termin.

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende, Fon: 58856
Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
nach Termin.

Sozialhilfetelefon, Fon: 43544
Montag: 15:00 bis 17:00 Uhr